

## Allgemeiner Überblick über den Vormärz und die Revolution von 1848/49

Der Ausgangspunkt der vielfältigen politischen Unruhen und Veränderungen im 19. Jahrhundert war die große Französische Revolution von 1789. Ihr modellhaftes Beispiel leitete eine Epoche politischer und sozialer Umgestaltung ein. Es verbreitete sich die Vorstellung, daß die Herrschaft der Fürsten von Gottes Gnaden nicht legitim sei, sondern die Herrschaft im Willen der Völker begründet sein sollte. Im Urteil der Zeitgenossen und der Nachgeborenen ist die Revolution und ihre Folgen höchst umstritten. Ob man mit Furcht oder Hoffnung auf sie blickte, den Gedanken an die Revolution wurde man nicht mehr los. Das politische Denken kreiste im 19. Jahrhundert um die Revolution, sei es mit der Absicht sie zu vermeiden oder herbeizuführen. Diese epochale Bedeutung der Revolution wird im Urteil zweier deutscher Philosophen deutlich.

Georg Wilhelm Friedrich Hegel, dessen Denken um die Versöhnung der Freiheit mit der notwendigen Ordnung durch Vernunft in der Geschichte bemüht ist, nennt die Französische Revolution einen "herrlichen Sonnenaufgang". Denn nicht aus fürstlicher oder anderer menschlicher Willkür, sondern im Gedanken an das Recht, sei 1791 erstmals eine vernünftige Verfassung als Grundlage menschlichen Zusammenlebens erlassen worden. Dabei gerät sogar dieser preußische Staatsphilosoph ins Schwärmen und erzählt 1831 seinen deutschen Studenten: "Solange die Sonne am Firmamente steht und die Planeten um sie herumkreisen, war das nicht gesehen worden, daß der Mensch sich auf den Kopf, das ist auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut. ... Es war dies somit ein herrlicher Sonnenaufgang. Alle denkenden Wesen haben diese Epoche mitgefeiert. Eine erhabene Rührung hat in jener Zeit geherrscht, ein Enthusiasmus des Geistes hat die Welt durchschauert, als sei es zur wirklichen Versöhnung des Göttlichen mit der Welt gekommen." [ Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte S. 926 ]

Und der eher trockene Königsberger Philosoph Immanuel Kant schreibt 1798, die Revolution fände eine Teilnahme, "die nah an Enthusiasmus grenzt ... . Ein solches Phänomen vergißt sich nicht mehr, weil es eine Anlage und ein Vermögen in der menschlichen Natur zum Besseren aufgedeckt hat, dergleichen kein Politiker aus dem bisherigen Verlauf der Dinge herausgeklügelt hätte." Und sogar wenn die Revolution vollkommen mißlinge, hält Kant diese "Begebenheit" für "zu groß, zu sehr mit dem Interesse der Menschheit verwebt ... , als daß sie nicht den Völkern [unter] ... günstigen Umständen in Erinnerung gebracht ... zur Wiederholung neuer Versuche dieser Art" Anlaß geben würde. [ Der Streit der Fakultäten ]

Bald wurde deutlich, daß die Revolution ihre hoch gesteckten und nicht besonders deutlich formulierten Ziele von Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit nicht so ohne Weiteres verwirklichen würde. Die innerfranzösischen Kämpfe und der Terror des kompromisslosen Moralisten Robespierre soll uns hier nicht interessieren. Seit April 1792 kam es zu einer Serie von Kriegen. Die Revolution wende sich mit bewaffneten Ansichten nach außen, urteilte der damalige englische Premierminister Pitt. Die hochmotivierten und gut geführten französischen Truppen waren besonders in Deutschland sehr erfolgreich. Bis 1806 war ganz Deutschland, z.T. besetzt, z.T. durch Verträge gebunden, von Frankreich abhängig geworden. Mit dem

französischen Rechts- und Verwaltungssystem verbreiteten sich auch in Deutschland die Ideen von 1789, die Vorstellung allgemeiner Menschenrechte und einer bürgerlichen Verfassung, die Idee des Nationalstaates demokratischer Prägung. Es kommt zum Erwachen des deutschen Nationalgefühls. Friedrich von Gentz, der spätere Sekretär Metternichs, ruft 1806 dazu auf, die nationale Zersplitterung zu beenden und durch Vereinigung des Nationalwillens Deutschland und Europa von Frankreich zu befreien. 1807 beginnt Johann Gottlieb Fichte mit seinen "Reden an die deutsche Nation" das Ideal der Nation als Einheit von Volk und Staat zu propagieren. Der entstehende deutsche Nationalismus und Patriotismus ist mit dem Wunsch nach freiheitlichen Reformen verbunden.

Die Preußischen Reformer und Patrioten - z.B. vom Stein, Hardenberg, Scharnhorst, W.v Humboldt u.v.a. - wollten dem Staat neues Leben einhauchen, in ihren Worten "Geist" verleihen. Sie glaubten, in der neuen Epoche nach 1789 könne sich nur der Staat behaupten, der auf die Unterstützung und Solidarität seiner Bürger zählen durfte. Die schrittweise Einführung einer Verfassung sollte Rechtssicherheit gewährleisten. Durch den Abbau sozialer Schranken, durch Mitbestimmung und Selbstverwaltung sollten die Bürger lernen, den Staat als ihren eigenen Staat zu empfinden, dem sie sich wegen ihres eigenen Vorteils verbunden fühlen. Aus Untertanen sollten Staatsbürger werden, die Patriotismus empfinden und deshalb die Fremdherrschaft abschütteln. Der wichtigste Initiator und Motor der Reformen in Preußen war der Freiherr vom Stein. Stein sieht in der Gesellschaft mehr als die Summe ihrer Mitglieder. So schreibt er: "Der Staat ... ist kein Landwirtschaftlicher und Fabrikverein, sondern sein Zweck ist religiös-sittlich, geistige und körperliche Entwicklung" der in ihm lebenden Menschen. [Meinecke 238] Obwohl er alles in allem nur wenig Jahre wirken durfte und die meisten seiner Reformversuche nicht zum Abschluß kamen, zeigen seine Bemühungen von 1807, in welche Richtung eine konsequente Reformpolitik hätte führen können. Unter den leitenden Prinzipien von Mitbestimmung und Selbstverwaltung sollte in Preußen eine Verwaltungsreform durchgeführt werden, Städte- und Gemeindeordnungen erlassen und die Bauern aus der Leibeigenschaft befreit werden. Seine weitreichenden Projekte blieben unvollendet. Die Verwaltungsreform wurde bis in die 20er Jahre unter Verzicht auf viele der von Stein beabsichtigten demokratischen Aspekte durchgeführt. Die Einführung der Städte- und Gemeindeordnungen wurden z.T. bis über die Mitte des 19. Jhs. hinaus verzögert und die Selbstverwaltungsrechte nicht in dem Umfang gewährt, wie Stein es beabsichtigt hatte. Die Bauernbefreiung wurde zwar verwirklicht, begünstigte aber den Großgrundbesitz und führte auf Seiten der Bauern zu kleinen, wenig lebensfähigen Höfen, die nicht selten hoch verschuldet waren, weil die Bauern sich freikaufen mußten. Es entstand ein bäuerliches Proletariat, was auch nicht in Steins Absicht gelegen hatte, aber massenhaft billige Arbeitskräfte für die beginnende Industrialisierung lieferte. Um die Selbständigkeit des deutschen Volkes zu ermöglichen, befürwortet Stein den Nationalen Befreiungskrieg und die Errichtung eines deutschen Kaiserreiches mit einer ständisch geprägten Verfassung. Spätestens in Wien zerschlugen sich Steins Träume von einem geeinten deutschen Verfassungsstaat.

Eines der bedeutendsten Ergebnisse der preußischen Reformbestrebungen war das vom Friedrich Wilhelm III. seit 1810 mehrfach gegebenen Verfassungsversprechen, das von der Bevölkerung bis 1848 nicht



vergessen wurde. Aber bald nach 1815 wollte der König an sein Versprechen nicht mehr erinnert werden. Auch der seit 1840 regierende romantisch-restaurative Friedrich Wilhelm IV. lehnte noch 1847 eine Verfassung mit den Worten ab, dergleichen bedeute "geradezu Revolution". Er würde es niemals zulassen, "daß sich zwischen unseren Herr und Gott im Himmel und diesem Lande ein beschriebenes Blatt [dränge], um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen." (19. Jh. 83f)

Die einzige bis 1819 zum Abschluß gebrachte Reform in Preußen war die unter der Leitung Scharnhorsts betriebene Heeresreform. Nun wurden dem Bürgertum im Heer Aufstiegsmöglichkeiten gewährt, der z.T. schikanöse Drill, sowie entwürdigende und körperliche Strafen wurden verringert und die allgemeine Wehrpflicht eingeführt. Das bedeutete nicht, daß ein Volksheer entstand, sondern die traditionelle Armee blieb auch nach 1814 der Kern der Wehrverfassung, "die Schule der Nation für den Krieg."

Nach der vernichtenden Niederlage der Großen Armee in Rußland 1812 gelang es Preußen und Österreichern unter Aufbietung all ihrer Kräfte und mit Hilfe Rußlands, Englands und Schwedens in heftigen Kämpfen bis 1815 die Vorherrschaft Frankreichs zu brechen und Deutschland, ja Europa von Napoleon zu befreien. Dabei bediente man sich hauptsächlich traditioneller Armeen. Obwohl die Mythen und die Lieder, wie z.B. jenes von Theodor Körner über die "Schwarze Schar", über "Lützows wilde, verwegene Jagd!", es anders wollen, kam es in Deutschland nicht zum Volkskrieg gegen Frankreich. Obwohl manche Patrioten es wünschten, gelang es nicht, aus den Deutschen "Guerrilleros" nach spanischem Muster zu machen. Dennoch hatten sich zahlreiche Studenten und junge Bürger freiwillig an den Kämpfen beteiligt in der Hoffnung, nicht nur ihre Heimat von der Fremdherrschaft zu befreien, sondern auch, um die im März 1813, am Beginn der Erhebung, im "Völkerfrühling", lautstark versprochene Freiheit zu erkämpfen und eine bessere Gesellschaft zu begründen; denn "der Funke der Freiheit ist glühend erwacht, / Und lodert in blutigen Flammen", heißt es bei Theodor Körner. - Hier im Bergischen Land bildeten Ende 1813 junge Männer, die sich der Einberufung zur französischen Armee durch Flucht in die Büsche entzogen hatten, kleine Trupps, die bald "Knüppelrussen" genannt wurden, was sich wahrscheinlich auf ihre Bewaffnung bezieht. Nach dem Abzug der Franzosen streiften sie durch die Dörfer und Gehöfte, behaupteten das Land befreit zu haben und erpressten von den Bauern Mahlzeiten, weshalb sie auch "Speckrussen" genannt wurden.

Die Neuordnung Europas durch den Wiener Kongreß 1814/15 enttäuschte alle auf freiheitlichere Zustände oder gar eine nationale Verfassung gerichteten Erwartungen. Die Fürsten hatten gesiegt, sie brauchten die Hilfe des Volkes nicht mehr, ihnen war an der Wiederherstellung, der Restauration und Sicherung ihrer traditionellen Machtfülle gelegen. Die Forderungen nach bürgerlichen Verfassungen und Mitsprache erinnerten sie schmerzhaft an die Französische Revolution, der sie gerade mit so großer Mühe entkommen waren. Nach bald zwei Jahrzehnten Unruhe und Krieg sollten auf dem Wiener Kongreß die Angelegenheiten Europas so geregelt werden, daß in der Zukunft die Kriege zwischen Staaten vermieden und innere Unruhen im Keim erstickt werden konnten. Der österreichische Staatskanzler Metternich entwickelte ein auf dem Gleichgewicht der Mächte beruhendes System europäischer Staaten, das strikt dem

Prinzip der Legitimität verpflichtet sein sollte, selbstverständlich nicht der revolutionären Legitimität der Volkssouveränität, sondern der traditionellen des Gottes-Gnadenstums. Zu diesem Zweck verbündeten sich die Fürsten Österreichs, Preußens und Rußlands in der Heiligen Allianz, der sich schließlich beinahe alle europäischen Fürstenhäuser anschlossen. Der Allianz der Monarchen gelang es zwar, ein relativ stabiles Staatensystem in Europa zu etablieren und den Frieden zu bewahren, aber dieser Friede erinnerte an Friedhofsruhe. Es kam die Zeit des beschaulichen Biedermeier. In Folge der Karlsbader Beschlüssen von 1819 kam es zur Demagogenverfolgung, "demagogische Umtriebe", d.h. Volksreden und die Aufforderung zur politischen Veränderung wurde unter Strafe gestellt und die Universitäten, als Horte der Unruhe, streng überwacht. Zensurgesetze wurden für die Presse und den Buchdruck erlassen, öffentliche Kundgebungen oder Versammlungen untersagt, mit einem Spitzel- und Geheimdienstsystem mögliche Oppositionelle überwacht, verfolgt, vertrieben oder verhaftet. Reichten diese Vorsichtsmaßnahmen nicht aus, so waren die Monarchen auch bereit, gemeinsam ihre Soldaten einzusetzen, um die bestehende Ordnung zu erhalten, wie z.B. gegen die polnische Unabhängigkeits- und Freiheitsbewegung von 1830.

Mit der Neuordnung Europas durch den Wiener Kongreß wurden die politischen und gesellschaftlichen Probleme weder im revolutionären noch im reformerischen Sinne gelöst. Im Gegenteil, unter der restaurativen Enge und Beschränkung verschärften sich die Spannungen. Sowohl die Hoffnungen auf die Revolution wie auf die Versprechungen des Völkerfrühlings und der Freiheitskriege - nach 1819 durfte man nur noch Befreiungskriege sagen - waren betrogen worden. Dies führte zu wachsender Verbitterung zunächst bei Gebildeten und Studenten, dann auch in Kreisen des Bürgertums und der zunehmend verarmenden aber seinerzeit belesenen und selbstbewußten Handwerker. Die andere Seite des Biedermeier ist der Zeitungslesende Oppositionelle des Vormärz, der sich mit Gleichgesinnten in rauchigen Hinterzimmern der Wirtshäuser - rauchen war in der Öffentlichkeit zeitweise verboten und galt deshalb als republikanisch - oder in Debattierclubs versammelte und sich bereit machte mit Säbel und Flinte um das Recht, um das er sich betrogen fühlte, auch um ein besseres Leben, auf der Straße zu kämpfen. - Aber so weit war es noch lange nicht, die Dinge entwickelten sich in Deutschland gemächlich. Denn die andere Seite des Vormärz ist natürlich der Biedermeier.

Es war ein langer Weg, auf dem sich die revolutionären Ereignisse von 1848 vorbereiteten. Den Anfang machten natürlich die Studenten, die aus den Freiheitskriegen an die Universitäten zurückkehrten. Dort bildeten sie Burschenschaften, in denen sie, und dies war das unerhört neue, nicht ausschließlich zum saufen zusammenkamen, sondern über Religion, Sittlichkeit und natürlich Politik redeten, am Bestehenden wenig Freude zeigten, sich deshalb über Prinzipien und Ziele einer grundlegenden Veränderung verständigten und diese sogar auf verschiedenen Veranstaltungen öffentlich machten. Die bedeutendste ihrer Demonstrationen wurde das Wartburgfest im Oktober 1817, wo sage und schreibe annähernd 500 Burschen aus vielen deutschen Ländern zusammenkamen. Sie gedachten dort sowohl der Reformation von 1517 als auch der Völkerschlacht von Leipzig 1813, wobei sie die Obrigkeit verulkten, unliebsame Buchtitel verbrannten und sogar eine Fahne in schwarz-rot-goldnen Farben herum-



trugen. Dergleichen Unfug wurde mit den Karlsbader Beschlüssen nachdrücklich verboten.

Aus Studenten wurden Bürger, deren jugendlicher Enthusiasmus sich im harten Gerangel um Anstellung und Posten, um Einkommen und Ansehen legte. Unverbesserliche wanderten aus, gingen nach London oder Nordamerika. Unruhige Handwerker und zahlreiche deutsche Intellektuelle zog es nach 1830 in das freiheitlichere Frankreich, wo sie in Paris regelrechte deutsche Kolonien bildeten. Auf viele von ihnen wartete wegen Gedankenfreiheit in Deutschland ein Haftbefehl, wie auf Heinrich Heine. Auch wegen dieses Aderlasses von unruhigen Geistern blieb es in Deutschland relativ ruhig. Außerdem war hierzulande die Situation nicht ganz so miserabel, wie in manch anderen Teilen Europas. Das deutsche Biedermeier hatte noch viel ruhig gemütliches. Deutschland bot überwiegend den Anblick eines rückständigen Agrarlandes und die Gesellschaft war erst am Rande von der Industrialisierung erfaßt worden. In Frankreich kam es 1830 wieder zur Revolution, zur Juli-Revolution, wodurch Frankreich eine konstitutionelle Monarchie wurde, auf deren Verfassung der Herzog Louis Philippe von Orléans seinen Eid als "Bürgerkönig" ablegte, - sein Motto war "enrichissez vous", er wurde als "Birne" karikiert. Daraufhin kam es zwar in Belgien, Polen, der Schweiz und Mittelitalien zu Unruhen, aber in Deutschland blieb es vergleichsweise ruhig.

Jedoch gärte es unter der Oberfläche auch hier, und das französische Beispiel regte die Gemüter an. Durch die langsam einsetzende Frühindustrialisierung verschärften sich die sozialen Spannungen auch in Deutschland. Auch Handwerker und Kleinbürger wurden von Verarmung und Proletarisierung bedroht. Sogar größere Vermögen waren nicht mehr vor den Krisen und Spekulationen auf dem Kapitalmarkt sicher. Man wurde unzufriedener, verängstigt auch, las Zeitung, debattierte, verständigte sich über Wünsche und Ziele, fühlte sich mit fernen Schicksalen solidarisch; man organisierte sich in Vereinen. Besonders in den südwestdeutschen Verfassungsstaaten entstand eine regelrechte Bürgerbewegung, die mit eigenen Zeitungen ihre Vorstellungen publizierte und in einer Serie öffentlicher Feste darlegte. Die bedeutendste dieser Kundgebungen war das Hambacher Fest am 27. Mai 1832. Dort versammelten sich etwa 30 000 Menschen und demonstrierten. Dort wurden auch die Farben jener Burschenfahne vom Wartburgfest erstmals als Trikolore, als Dreifarbige öffentlich gezeigt. Es folgten Verhaftungen, Prozessen, und Auswanderung. 1833 glaubten einige Frankfurter Studenten, die Zeit sei nun reif. Sie erstürmten die Frankfurter Hauptwache und schlugen mit der Wachglocke Alarm in dem Glauben, man müsse bloß einen Anfang machen, ein Zeichen setzen und sogleich würde das Volk sich erheben und Revolution machen. Aber das Volk blieb ruhig, es kamen Soldaten und überwältigten die Burschen.

1837 ergriff die wachsende Empörung sogar Professoren. Sieben Göttinger Professoren, unter ihnen die Brüder Wilhelm und Jakob Grimm, protestierten mit einem Schreiben öffentlich gegen die vom König Ernst August verfügte Aufhebung des hannoverschen Staatsgrundgesetzes, das erst 1833 eingeführt worden war. Sie vertraten die Auffassung, daß der einmal beschworenen Verfassung ein höheres Recht zukäme, als dem Willen des Königs. Solch professoraler Protest war damals keine Kleinigkeit wie heute irgendeine Streitschrift im Feuilleton. Alle Sieben wurden kurzfristig entlassen und mußten ohne Rentenanspruch mit Sack und Pack das Königreich

Hannover verlassen; an der Straße standen Studenten und Volk und winkten.

Im Juni 1844 kam es zum Aufstand schlesischer Weber in Peterwaldau und Langenbielau, die den unerbittlichen Gesetzen des freien Marktes gemäß während ihrer Arbeit verhungerten, und vorher noch zu Dreschflegeln und Sensen griffen, verschiedene Villen plünderten und schließlich vom Militär niedergemacht wurden.

Anläßlich der Brigittenkirmes auf dem Altermarkt kam es im August 1846 in Köln zu heftigen Schlägereien zwischen Kölnern und preußischem Militär, dabei wurden Blumenkübel und Dachziegel aus Fenstern geworfen, Wohnungen von Soldaten erstürmt und verwüstet, mit dem Säbel auf die Leute eingeschlagen; ein Geselle blieb tot, ein anderer Krüppel, viele wurden verwundet. Eine vergleichbare Bedeutung für die Mobilisierung der öffentlichen Meinung hatte der Verfassungsstreit in Hessen und der Kölner Kirchenstreit ab 1837.

1847 gab es überall in Deutschland Mißernten und Hungersnot.

"Die Birne ist reif" [314] heißt es zum Auftakt der französischen Februarrevolution von 1848 bei Flaubert. Nach heftigen Straßenkämpfen vom 22. bis 24. Februar wird der Bürgerkönig Louis Philippe vertrieben, sein Palast erobert, sein Thron aus dem Fenster geworfen und verbrannt, und Frankreich wird Republik, tatsächlich und vorerst Republik. Ihr Präsident wird der Dichter des Todes Lamartine. Diese Nachricht verbreitet sich wie ein Lauffeuer durch ganz Europa. Die Zeit war reif. Als hätten die Völker nur auf eine Veranlassung gewartet, kam es in beinahe allen europäischen Staaten zu revolutionären Erhebungen. Im Kirchenstaat soll es besonders kunterbunt hergegangen sein, "fare un quarantotto" ("ein 1848 machen") wurde in Italien zur gängigen Redensart für verworrene Inszenierungen.

Auch in Deutschland ging es ab März ganz schnell, ja überstürzt zu, es kam zu Kundgebungen, Demonstrationen, Straßenkämpfen. Freiheit und Einheit waren die Losungen des Tages. Nicht nur das Volk war bereit zur Revolution, auch die Fürsten erwarteten sie, sie gaben dem ersten Ansturm unerwartet schnell nach, um Schlimmeres zu vermeiden; die Angst saß ihnen im Nacken. Es "drohte der Schemen von 1793, und das Beil der Guillotine blitzte in allen Silben des Wortes Republik" (336), um ein letztes mal Flaubert zu zitieren. - Die Ereignisse überschlugen sich, die Nachrichten überschneiden sich; der Telegraph verbreitet sie seinerzeit in Windeseile.

Köln war die erste preußische Stadt, die durch das "Krähen des gallischen Hahnes" (Heinrich Heine) aus dem politischen Schlaf gerissen wurde. Am 3. März 1848 versammelten sich über 5.000 Menschen vor dem Rathaus und übergaben dem Gemeinderat "Forderungen des Volkes". Plötzlich wurden überall "Märzforderungen" erhoben, darin ging es um Rede, Presse- und Versammlungsfreiheit, allgemeines Wahlrecht, Volksbewaffnung, Arbeit und Bildung für alle.

5. März, in Heidelberg ernannt eine Versammlung Oppositioneller einen "Sicherheitsausschuß", der zum 30. März 500 führende Männer der politischen Bewegung zur Bildung eines "Vorparlaments" nach Frankfurt ruft, um eine deutsche Verfassung vorzubereiten.



12. März, Revolution in Wien, die reaktionäre Symbolfigur Metternich wird vertrieben.

18/19 März, Straßenkämpfe in Berlin fordern mehr als 250 Tote und über 700 Verwundete, Bürgerkrieg droht, der preußische König Friedrich Wilhelm IV. gibt nach; seine Proklamation vom 19. März ist überschrieben: "An meine lieben Berliner!" Und die Revolution macht vor dem Thron halt. 22. März, der König verneigt sich mit der dreifarbigem Kokarde am Hut vor den März-Gefallenen und verspricht reumütig, Preußen zu einem liberalen Verfassungsstaat mit Volksvertretung und Bürgerrechten umzubauen. Zu diesem Zweck werden neue, liberale Minister, die "Märzminister" ernannt. "Märzerrungenschaften" werden verkündet: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit, Volksbewaffnung. Ein Landtag soll gewählt werden.

Seit dem 31. März berät in Frankfurt das Vorparlament und beschließt am 4. April, nur eine vom Volk gewählte Nationalversammlung habe Recht, den Deutschen eine Verfassung zu geben. Während des April werden die Wahlen in den 39 Ländern des Deutschen Bundes vorbereitet. Anfang Mai wird gewählt, jeder Mann ab dem 25. Lebensjahr hat das gleiche Wahlrecht.

18. Mai, 830 gewählte Abgeordnete ziehen feierlich in die Frankfurter Paulskirche ein und wählen am 19. Mai Heinrich von Gagern zum Präsidenten der Nationalversammlung. Die zukünftigen Veränderungen sollen sich in rechtlichen Bahnen vollziehen, in absprache mit den Fürsten soll Deutschland reformiert und ein Verfassungsstaat werden.

23. bis 26. Juli, In Paris zeigt die bürgerliche Revolution ihre Grenzen, ihre Blühträume welken und sie verliert, wiedereinmal, ihre Unschuld. Bürgerkrieg; in unerhört brutalen Straßenkämpfen schlägt die Republik einen Arbeiteraufstand nieder, annähernd 5 000 Tote bleiben liegen, tausende kommen in Gefängnissen um, über 15 000 werden verbannt. "Die Republik hat's gut", kommentierte der Ex-König Louis Philippe, "sie darf auf das Volk schießen." [Nat.Rev. 71]

19. September, linke Gruppen demonstrieren in Frankfurt gegen die Nationalversammlung, deren Mehrheit keine demokratische Republik, sondern ein konstitutionelles Kaiserreich in Deutschland errichten will. Zwei Abgeordnete der Rechten werden von aufgebrachten Studenten auf der Straße erschlagen. Preußische Truppen müssen das Parlament schützen. In der Septemberkrise führt der Verzicht auf Schleswig und Holstein zu einer patriotischen Protestwelle. Aufständen im Rheinland, Hessen und Thüringen, in der Pfalz und in Baden folgen. In Lörach ruft Gustav von Struve am 21. September die "Deutsche Republik" aus; schon am 24. werden seine Freischärler bei Staufen von württembergischen Truppen besiegt.

Die Opposition ist gespalten, sie hat keine gemeinsamen Ziele. Und die Fürsten haben sich vom ersten Schrecken erholt, sammeln ihre Kräfte und schlagen zurück. General Windischgrätz erobert am 30. Oktober Wien. In Preußen ernannt der König Anfang November das Ministerium Brandenburg-Manteuffel mit dem Auftrag, die » Contrerevolution « einzuleiten. General Wrangel besetzt am 10. November Berlin, verhängt dort am 12. November den Belagerungsstand. Am 5. Dezember wird die preußische Nationalversammlung auf-

gelöst und der König erläßt selbst eine ihm genehme, jedoch verhältnismäßig liberale Verfassung, die oktroyierte. Damit nimmt er den preußischen Biedermeiern den umstürzlerischen Wind aus den Segeln und beruhigt sein Land. Diese Ruhe beginnt Preußen mit sanfter oder brachialer Gewalt auf die umliegenden Staaten auszudehnen.

Seit dem 10. Dezember ist der Präsident der französischen Republik wieder ein Napoleon.

Die deutsche Nationalversammlung verabschiedet am 27. März 1849 die Reichsverfassung, Deutschland soll ein konstitutionelles Kaiserreich mit starker Volksvertretung und verbrieften bürgerlichen Grundrechten werden. Am 28. März wählt die Nationalversammlung König Friedrich Wilhelm IV. zum "Kaiser der Deutschen". Der lehnt am 3. April den ihm von einer Deputation angebotene Kaisertitel ab. Aber bis zum 14. April akzeptieren 28 kleinere deutsche Staaten diese Verfassung. Am 4. Mai appelliert die Nationalversammlung nachdrücklich an die deutschen Regierungen, die Verfassung endlich in Kraft zu setzen. Als Reaktion darauf droht Preußen am 7. Mai mit Sanktionen, wenn einzelne Länder diese Verfassung einführen sollten. Am 14. Mai werden die preußischen Abgeordneten aus der Nationalversammlung abberufen, konservative, konstitutionelle und liberale Abgeordnete anderer Länder folgen enttäuscht diesem Beispiel und verlassen die Paulskirche. Die Paulskirchenbewegung ist gescheitert. Am 26. Mai appellieren die verbliebenen demokratischen und republikanischen Abgeordneten, sich ihres revolutionären Ursprungs erinnernd, an das deutsche Volk, ihre Beschlüsse zu verwirklichen. Seit dem 31. Mai versammelt sich dieses Rumpfparlament in Stuttgart, berät dort, wie die Verfassung einzuführen sei, man will ein Reichsheer aufstellen und die Volksbewaffnung organisieren. Am 17. Juni werden diese Abgeordneten von Truppen der württembergischen Regierung, der Preußen ein entsprechendes Ultimatum gestellt hatte, auseinandergetrieben und verjagt.

Die Ablehnung der Verfassung durch den preußischen König und die Aufrufe des Parlaments führten in vielen Regionen zu Verbitterung und neuerlichen Aufständen. In Baden war nach der Verbrüderung der Truppen mit dem Volk der Großherzog geflüchtet und unter Brentano und Struve für beinahe zwei Monate faktisch eine Republik entstanden. Auf den 108 Barrikaden Dresdens vereinigte die Empörung solche Gestalten wie den Anarchisten Michail Bakunin, den Hofbaumeister Gottfried Semper, den Hofkapellmeister Richard Wagner. Auch in Elberfeld, Düsseldorf, Solingen oder Bonn bewaffnete man sich im Mai wieder. 120 Unverdrossene versuchten im Siegburger Zeughaus Waffen zu erbeuten. Aber es war zu spät, die Masse des Volkes machte nicht mehr mit, der revolutionäre Elan war verbraucht. Die Fürsten griffen ungeniert zu altbewährten Mitteln. Während Habsburgische Truppen Aufstände in Polen, Böhmen, Wien, Ungarn und Italien niedergeschlagen hatten, stellte Preußen seine Militärmacht zur Verfügung, um die Aufstände in Deutschland bedingungslos niederzukämpfen. Unter der Führung des Kronprinzen Wilhelm, des späteren Königs und Kaisers Wilhelm I., zogen preußische Truppen siegreich durch Südwestdeutschland, besetzten die aufständische Pfalz und schlugen die badischen Revolutionstruppen und Freischarren. Nach dreiwöchiger Belagerung mußten die letzten 6 000 Kämpfer in der Festung Rastatt am 23. Juli 1849 kapitulieren. Es hatte sich ausgemäzt. Auf Restauration und Revolution folgte die Reaktion.



Aber an einer staatlichen Verfassung führte dennoch kein Weg mehr vorbei. In Preußen wurde 1850 die oktroyierte Verfassung vom Dezember 1848 revidiert, die Stellung des Monarchen gefestigt. Jedoch die gesetzgebende Gewalt mußte gemeinsam vom König und zwei Kammern ausgeübt werden. Die erste Kammer war das preußische Herrenhaus, deren Mitglieder vom König ernannt wurden, die zweite Kammer der preußische Landtag, dessen Mitglieder bis 1919 nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt wurden. Der Monarchie fiel es schwer, sich an die eigene Verfassung zu halten. Zu Beginn der 60er Jahre kam es zu einem tiefgreifenden Verfassungskonflikt, in dessen Verlauf der König Wilhelm I. beinahe abgedankt hätte, wenn er nicht in Otto von Bismarck einen Ministerpräsidenten gefunden hätte, der, selber Jurist, bereit war, unter Bruch der Verfassung entgegen den Mehrheiten in den Kammern die Regierungsgeschäfte zu führen.

\*\*\*\*\* Ende \*\*\*\*\* 18. Oktober 1999 \*\*\*\*\*